



Federal Union of European Nationalities (FUEN)
Union Fédéraliste des Communautés Ethniques Européennes (UFCE)
Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen e. V. (FUEV)
Федералистский Союз Европейских Национальных Меньшинств

Romedi Arquint
Präsident FUEN
Chapella
CH – 7526 Cinuos-chel
Tel: 0041 - 079 455 3657
romedi.arquint@bluewin.ch

Titel **Minderheitenkonferenz**
»Mindretalskonference på HADERSLEV STATSSEMINARIUM«

Titel Haderslev / Dänemark

Datum **1996-11-04**

Zunächst: Es steht uns sog. freien Westeuropäern schlecht an, den neuen Staaten in Mittel- und Osteuropa gute Ratschläge zu erteilen. Wenn ich bei mir zuhause die »NZZ« aufschlage, dann finde ich in der gleichen Ausgabe Überschriften wie »Neue Serie von Anschlägen in Korsika«; »Wieder Todeschüsse auf Zypern« und »Angst vor neuer Gewalt lähmt Nordirland«. Es steht uns schlecht an, Kompensationsträume zu träumen und uns dann zu verwundern, daß es in den neuen freien Staaten doch nicht so zu und her geht wie wir es gerne hätten; während wir die Probleme bei uns jedoch alles andere als perfekt gelöst haben.

Wir Europäer stehen vor denselben unbewältigten Problemen. Zwei geschichtliche Ereignisse sind es, die die jahrhundertealte Kontinuität des gegenseitigen Respektes und der friedlichen Koexistenz auf die schwerste Probe gestellt haben: Zum einen die Idee des **Nationalstaates**, die die Einheit von Sprache, Kultur, Staat und Armee postuliert hat, dieses Ideal aber in der Realität in keinem der Staaten je verwirklicht werden konnte. Verbunden mit geschichtlichen Mythenbildung und Sendungsbewußtsein führte diese Idee zu den Weltkriegen, ist aber leider heute noch ein wichtiger staatstragender Grund und bildet vor allem für die neu sich bildenden Staaten in Mittel- und Osteuropa ein nachahmenswertes Vorbild.

Andererseits hat der **Sowjetkommunismus** mit seiner ideologischen Perspektive und einem totalitären Staatsystem und der Nivellierung aller geschichtlichen Verschiedenheiten eine verheerende Wirkung gehabt.

Die Folgen für die nationalen Minderheiten reichen bei beiden Modellen von annähernd zufriedenstellenden Lösungen, über die Nichtbeachtung, bis hin zu leider wieder aktuell gewordenen ethnischen Säuberungen.

Die Aufgabe ist für uns alle demnach eine doppelte:

Es geht um die Entflechtung von Staat und Nation, eine Begriffsklärung und Begriffsdifferenzierung, die dringend notwendig ist. *Das national-staatliche Modell - ein Phantom...*
Das Verhängnis unseres Jahrhunderts war die Jagd auf das Phantom. Der Begriff »national« bezieht sich auf das eine Menschengruppe Verbindende: Ein Territorium, eine Sprache und Kultur, eine tiefe gefühlsmäßige Bindung. Die Pflege dieses Gemeinschaftsgefühls ist allen zuzugestehen und kann nicht ohne Not aufgegeben werden. Dieses ist besonders eng mit der Sprache und

FUEV - GENERALSEKRETARIAT

Schiffbrücke 41 D - 24939 Flensburg
Tel: -49 - 461 - 12 8 55 Fax: -49 - 461 - 18 07 09
E-Mail: info@fuen.org http://www.fuen.org

Unionbank Flensburg • Nr. 00120 84 • BLZ 215 201 00
SWIFT Code UNBNDE 21 • IBAN DE31 2152 0100 0000 0120 84

der Kultur verbunden. Der Staat hat dabei die Rahmenbedingungen festzulegen, die die Förderung der jeweiligen nationalen Identität gewährleisten. Mit dem Staat kann das Organisationsmodell bezeichnet werden, das es den Bürger/Innen ermöglicht, auf bestmögliche Weise die gemeinsamen Geschäfte zu regeln. Die gemeinsamen Geschäfte können dabei auf verschiedene Ebenen angesiedelt werden, die von der Gemeinde über die Region, den Staat, bi- und multinationalen Vereinbarungen bis zu den über- und internationalen Institutionen reichen. Hier regiert der Sachverstand, Nützlichkeits- und Opportunitätsdenken. Am staatlichen Geschehen sollten möglichst alle Menschen einbezogen werden und Verantwortung tragen können.

Staatsstrukturen und staatliche Institutionen: Zentralistische Strukturen mit Verwaltungs- und Regierungsinstitutionen finden wir in den westeuropäischen Staatsformen (z.B. Frankreich) ebenso wie in den ideologischen Konzept des Sowjetkommunismus. Daneben gibt es die föderativen Strukturen (z.B. Deutschland, Schweiz), die dem Anspruch nach demokratischer Selbstbestimmung entgegenkommen, d.h. zentralistische Strukturen sind in Richtung föderalistische und dezentrale Entscheidungsräume zu entwickeln.

Natürlich braucht es auf der Ebene der Verfassung und der Gesetze Bestimmungen, die die Existenz der nationalen Minderheiten anerkennen und deren Rechte garantieren. Bei territorial geschlossenen Gruppierungen bietet sich dabei in erster Linie das Territorialprinzip, bei zerstreut lebenden Gemeinschaften bietet sich das Individualrecht als Lösungsansatz an. Da in der Demokratie Mehrheitsentscheide gelten, diese aber oft zuungunsten der nationalen Minderheiten ausfallen, braucht es international anerkannte und bindende Rechtsinstrumente. Für unser Problem gibt es deren zwei: Die Rahmenkonvention zum Schutz der nationalen Minderheiten und die Charta für die Regional- und Minderheitensprachen.

Während demnach die internationalen Rechtsinstrumente die Staaten in ein gemeinsames übergeordnetes Rechtssystem einbinden, ist die Aufnahme der nationalen Minderheiten in die Verfassung ein wichtiger Akt zur Schaffung einer staatlichen Solidarität und Loyalität aller Bürger/Innen. Die Gesetze regeln die praktischen Angelegenheiten und sollen die staatliche Macht und die einzelnen Kompetenzen und Pflichten möglichst bürgernah regeln.

Beide Forderungen gelten allgemein, kommen aber insbes. auch den Anliegen der nationalen Minderheiten entgegen. In den kleinen überschaubaren Räumen können die heiklen Probleme des Zusammenlebens der Mehrheitsbevölkerung mit nationalen Minderheitengruppen sachbezogen und unideologisch behandelt werden.

Es gilt auch wieder allgemein für unser anstehendes Problem: Es gibt keine idealen und ganz zufriedenstellenden Lösungen. Alle Entscheidungen sind in einen dauernden Prozeß einzubetten. Jemand hat einmal gesagt: Wenn eine Mehrheit oder eine Minderheit sagt, sie hätten die perfekte Lösung, dann ist das ein Zeichen des Zerfalls der demokratischen Kommunikationsstruktur. Konkret bedeutet dies, daß alle Lösungsansätze auf der Basis einer mittleren Unzufriedenheit aller Beteiligten erfolgen. Dies ist ein Prinzip der Demokratie, die Akzeptanz dieser mittleren Unzufriedenheit ist das Resultat einer Auseinandersetzung, die der Position der Anderen auch ein Recht zugesteht und bereit ist, sich zwischen dem, was ich will und dem, wozu der andere auch ein Recht hat, mit einem Konsens/Kompromiß abzufinden.

Schließlich: Das Zusammenleben verschiedener Sprach- und Kulturgemeinschaften in relativer Harmonie ist vor allem eine geistige Herausforderung. Bei den Staaten des Baltikum handelt es sich wohl darum, von einer negativen Identifikation als »Nicht-Russen« zu einer positiven Bestimmung des eigenen Selbstverständnisses zu finden. Die besondere Schwierigkeit liegt dabei darin, die russische Minderheit, die in diesen Staaten einen hohen Anteil (48%) ausmacht, in dieses Selbstverständnis zu integrieren. Die Entfaltung der eigenen nationalen Identität gehört ebenso dazu wie die Mitverantwortung am Aufbau und der Entwicklung des Staates. Während für die ersten - ich denke etwa an die Bildung und Kultur - die baltischen Staaten gute Lösungsansätze entwickelt haben - ist die Frage der Einbindung des im Staatsgebiet länger lebenden Menschen in die politische Verantwortung nicht gelöst.

Eine große Hilfe zur Lösung der Minderheitenfrage ist die Erinnerung der eigenen Geschichte. Im Baltikum haben über Jahrhunderte Deutsche, Russen und Letten zusammengelebt. Für den bei den Letten hochverehrten Garlieb Merkel (1769 - 1850) war es ganz ohne Loyalitätskonflikt zu vereinbaren, sich politisch als Russe zu fühlen, sprachlich und kulturell ein Deutscher zu sein und dabei gleichzeitig für die Rechte der Letten einzutreten.

Allerdings ist zum Schluß anzumerken, daß alle Minderheitenfragen auch in einem größeren Zusammenhang einzubetten sind, der mitverantwortlich für das Klima des Dialogs und des Verhältnisses zwischen Minderheiten und Mehrheiten ist. Dazu gehört vor allem die wirtschaftliche Situation des jeweiligen Staates (angesichts der Ohnmacht gegenüber der wirtschaftlichen Situation bieten sich Stellvertretungskämpfe im Umfeld der nationalen Minderheiten geradezu an). Dazu gehört vor allem auch eine Öffnung nach außen und die Bereitschaft der Länder, Staaten und internationale Institutionen wie auch der EU sich diesen Ländern zu öffnen.

Neil POSTMAN bemängelt in seinem neuesten Buch DAS ENDE DER ERZIEHUNG das Fehlen großer Erzählungen in unserer Zeit. Erzählungen, wie sie etwa die Idee der Freiheit für alle für das amerikanische Volk darstellte, Erzählungen, die inspirierend sein könnten für die Gestaltung unserer Welt. Eine solche Erzählung könnte für Europa die Erzählung der Vielsprachigkeit, der Multikulturalität, der Vielfalt an Mentalitäten auf kleinstem Raum darstellen. Doris LESSING nennt einmal Europa »die Fransen einer ungeheuren Landmasse«. Die kurze Störung der europäischen Großwetterlage durch nationalstaatliche und kommunistische ideologisch verbrämte Weltbilder mit ihren verheerenden Folgen könnte in dieser unserer Zeit durch eine Wiederentdeckung der Europa innewohnenden Vielfalt abgelöst werden. Werden wir uns in Europa bewußt, daß jeder und jede gleichzeitig einer Mehrheit und einer Minderheit angehört, wäre ein hoffnungsvoller Anfang zu einer altneuen großartigen Erzählung für Europa gelegt.

*Aber nichts, was jemals lebte, verdorrt!
Tief im dunkeln Gelass
feuchtet und fruchtet noch fort
das begrabene Nass.*

Aus »Der versiegte Brunnen« von Werner Bergengün